

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Harald Leibrecht, Michael Link, Markus Löning, Horst Meierhofer, Jan Mücke, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily (Witten), Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Josef Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfried Wolff, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Nachtragshaushalt vorlegen – notwendige Revision des Bundeshaushalts vornehmen

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, umgehend einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

Begründung:

Bereits zwei Monate nach Verabschiedung des Bundeshaushalts 2009 muss die Bundesregierung durch den Bundesminister der Finanzen einräumen, dass wesentliche Determinanten im Bundeshaushalt nicht mehr stimmen. Die Einnahmen scheinen wegzubrechen, kreditfinanzierte Konjunkturprogramme in Milliardenhöhe belasten den Bundeshaushalt und die Gefahr einer Rekord-Neuverschuldung (bisher: rd. 40,1 Mrd. €) in Richtung 50 Mrd. € ist evident. Damit läge die Nettoneuverschuldung in diesem Jahr um gut 30 Mrd. € über der Planung. Eine Verdreifachung der veranschlagten Nettoneuverschuldung in Höhe von 18,5 Mrd. € kann für den Bundeshaushalt 2009 nicht ausgeschlossen werden.

Die Gründe für ein Haushaltsrisiko von über 30 Mrd. € liegen in einer unrealistischen Annahme des Wirtschaftswachstums (0,2 %), geringeren Steuereinnahmen, höheren Arbeitsmarktausgaben, Mindereinnahmen aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Pendlerpauschale, einem möglichen Defizit beim Gesundheitsfonds und Milliardenbelastungen durch das Konjunkturpaket II.

Des Weiteren muss in die Betrachtung des Bundeshaushalts das Rettungspaket für die Banken mit einbezogen werden. Durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (§ 9 FMStG) wird das Bundesminis-

terium der Finanzen ermächtigt, Kredite mit einem Volumen von bis zu 100 Mrd. € aufzunehmen. Bei entsprechender Ausschöpfung drohen erhebliche zusätzliche Haushaltsrisiken.

Somit ist nicht auszuschließen, dass Deutschland im Jahr 2009 wieder gegen beide Schuldenregelungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstoßen wird. Wurde in den letzten Jahren permanent die 60 %-Grenze bei der Schuldenstandsquote nicht eingehalten, so ist für das Jahr 2009 erstmalig nach drei Jahren wieder ein Verstoß gegen die 3 %-Grenze beim Staatsdefizit zu befürchten.

Deutschland steht angesichts einer Rezession und einer äußerst negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor einer erneuten Verschuldungswelle wie in den Jahren 2002 bis 2005.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass mit dem Haushalt 2009 die Haushaltskonsolidierung gescheitert ist. Das avisierte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts für das Jahr 2011 wurde verfehlt. Ein neuer, konkreter Zeitpunkt für einen ausgeglichenen Haushalt ist nicht bekannt.

Die Haushaltspolitik der Bundesregierung erweist sich in der aktuellen Situation als nicht tragfähig. Die von der Bundesregierung praktizierte „gestaltende Finanzpolitik“ der letzten Jahre mit Ausgabensteigerungen von über 30 Mrd. € ist dabei eine wesentliche Ursache.

Dabei bestand aufgrund von zusammen rd. 110 Mrd. € Steuermehreinnahmen in den Jahren 2006 bis 2008 sogar die Möglichkeit, ohne neue Schulden im Bundeshaushalt auszukommen und Risikovorsorge zu betreiben.

Leichtfertig und fahrlässig wurden diese Chancen in den sehr guten konjunkturellen Phasen der letzten drei Jahre vertan. Dies dokumentiert die ökonomische und haushaltspolitische Kurzsichtigkeit.

Nicht die Finanzkrise ist für den Anstieg der Neuverschuldung allein verantwortlich, sondern das Verteilen von Wahlgeschenken und das Ausblenden einer möglichen konjunkturellen Schwächephase, wie sie jetzt in Deutschland vorherrscht. In der Ökonomie besteht Einigkeit, dass Wirtschaftsaufschwünge nicht ewig halten. Entsprechend hätte präventiv agiert und eine zurückhaltende Ausgabenpolitik betrieben werden müssen.

Diese Fehleinschätzung und das Festhalten an einer expansiven Ausgabenpolitik werden zu einer teuren Erblast für nachfolgende Generationen.

Berlin, den 14.01.2009

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion